

II-10167 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A n t r a g

No.348/A
Präs.: 28. FEB. 1990
.....

der Abgeordneten Eigruber, Haigermoser
betreffend ein Bundesgesetz mit dem das Studienförderungs-
gesetz 1983 geändert wird

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz vom....., mit dem das Bundesgesetz über die
Gewährung von Studienbeihilfen und Begabtenstipendien
(Studienförderung 1983) BGBl.436/1983 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Art.I

Das Bundesgesetz über die Gewährung von Studienbeihilfen und
Begabtenstipendien (Studienförderungsgesetz 1983), BGBl Nr.
436/1983, zuletzt geändert durch das BGBl. Nr. 304/1989 wird
wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 3 erster Satz lautet:

"(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 ist für die
Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit das zu erwartende
Jahreseinkommen heranzuziehen, wenn nach Ablauf des gemäß
Abs. 2 maßgebenden Kalenderjahres durch eine schwere
Erkrankung, die Pensionierung (Berentung) eines leiblichen
Elternteils wegen Krankheit, Unfall oder Erreichung der
Altersgrenze, durch Konkurs oder Arbeitslosigkeit voraus-
sichtlich eine länger währende Verminderung des Einkommens
eintreten wird."

Art.II

Dieses Bundesgesetz tritt mit 1.September 1990 in Kraft

Art.III

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betraut

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Wissenschaftsausschuß zuzuweisen.

B e g r ü n d u n g :

Die derzeitige Bestimmung geht bei der Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des vorangegangenen Jahres bzw. vom Einkommenssteuerbescheid über das zuletzt veranlagte Kalenderjahr aus. Um soziale Härten im Falle einer voraussichtlichen Verschlechterung der Einkommenssituation durch Erkrankung, Pensionierung oder der Arbeitslosigkeit zu vermeiden, sieht der Abs.3 des § 3 eine Ausnahmeregelung vor. Davon werden jedoch Selbständige nicht erfaßt, deren Konkursverfahren, das sich über Jahre hinziehen kann, läuft und über deren tatsächlichen Besitz noch keine Vermögenserklärung des Konkursrichters vorliegt. Aufgrund der derzeit geltenden Formulierung des § 3 Abs.3 des Studienförderungsgesetzes kann auch keine Schätzung vorgenommen werden. Der gegenständliche Antrag hat daher zum Ziel, dieser Ungleichbehandlung entgegenzuwirken, zumal - wie die Zahl der Konkurse im Jahr 1989 (1156) beweist - eine große Gruppe davon betroffen sein könnte.